

Die gemeinsamen Forderungen der reichsdeutschen und deutschösterreichischen Parlamentarier.

Gestern fand in Wien, Sicking, ein vom Deutschen nationalen Verein für den 13. Bezirk einberufene zahlreich besuchte Versammlung statt, in der die von verschiedenen Seiten aufgestellten Forderungen der Deutschen Oesterreichs zur Neuordnung nach dem Kriege der Erörterung unterzogen wurden.

Abg. Pacher verwies im Verlaufe seiner Ausführungen auf die bemerkenswerten Beratungen der reichsdeutschen und deutschösterreichischen Parlamentarier, die bekanntlich im vorigen Jahre in München, Salzburg und Berlin stattgefunden haben und teilte mit, daß am 15. November 1915 von den Parlamentariern beider Reiche die folgenden Forderungen beschlossen und den Regierungen beider Reiche mitgeteilt worden seien:

1. Die durch die Waffenbrüderschaft zwischen dem Deutschen Reiche und der österreichisch-ungarischen Monarchie geschaffene Lebensgemeinschaft muß nach Beendigung des Krieges zur Erhaltung des Friedens, wie zur Förderung der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Macht beider Reiche ausgebaut werden.

2. Unter Wahrung der Selbständigkeit der beiden Reiche ist der sofortige Abschluß von Vereinbarungen, welche in politischer, militärischer und wirtschaftlicher Beziehungen einen einheitlichen Sinn ergeben, notwendig.

3. Auf Grundlage dieser Vereinbarungen müssen gemeinsame Organe geschaffen werden, die deren Durchführung sichern und planmäßig zusammenarbeiten.

4. Im einzelnen erscheint erforderlich:

a) ein langfristiges Schutz- und Friedensbündnis, das durch Einrichtungen für die dauernde Uebereinstimmung in der auswärtigen Politik beider Reiche sorgt, regelmäßige Zusammenkünfte der leitenden Staatsmänner unter Zuziehung der Mitglieder der beiderseitigen Volksvertretungen;

b) eine langfristige Militärkonvention, die eine gleichmäßige Heranziehung der Bevölkerung beider Reiche zum Militärdienste, Einheitlichkeit in der Heeres- und Flottenverfassung, gleichmäßige Ausbildung und Ausrüstung, Uebereinstimmung in der Organisation der Bewaffnung, der Formation, des Kommandos, der Mobilisierungsvorschriften, Bau strategischer Eisenbahnen, Vorratssicherung für den Krieg, wechselseitige Veranstaltung gemeinsamer Uebungen, Austausch von Offizieren sowie möglichst auch gemeinsame Bildungsanstalten vorsieht;

c) ein langfristiges Wirtschaftsbündnis, das darauf gerichtet ist, in Zoll- und Handelsfragen beide Teile nach außen als Einheit erscheinen zu lassen und im Verkehr beider Reiche unter sich die zurzeit noch nicht zu entbehrenden Zollschranken baldigst abzutragen;

d) vertragsmäßige oder übereinstimmende gesetzliche Bestimmungen auf dem Gebiete des Verkehrs, des Handels und des Gewerbes, des Gesundheitswesens, der sozialen Fürsorge, Schutz des gewerblichen und geistigen Eigentums. Zu diesem Zwecke sind gemeinschaftliche Tagungen unter Heranziehung von Interessenten gebildeter Ausschüsse zu schaffen.

In der Frage des Wirtschaftsbündnisses habe ein Uebergangsstadium mit Rücksicht auf gewisse Industrien einzusehen, die Zolltarife dürfen erst nach und nach und unter Zustimmung der Interessenten fallen gelassen werden. Das mitteleuropäische geschlossene Wirtschaftsgebiet müsse kommen. Schon mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Kriegspläne der Gegner auch nach dem Kriege. Eine weitere Voraussetzung des Wirtschaftsbündnisses sei natürlich auch eine Gleichartigkeit des Steuersystems und der juristischen Gesetzgebung, ein langfristiger Ausgleich mit Ungarn."

Abgeordneter Pacher führte des weiteren aus, daß durch eine zweckmäßige Lösung der Wappenfrage nunmehr die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder den Namen „Kaisertum Oesterreich" tragen. Redner erörterte auch eingehend die galizische Frage, bezüglich deren Lösung sich die Anschauungen der Deutschösterreicher und der Polen trafen.

Abgeordneter Pacher betonte insbesondere, daß zur zukünftigen Gestaltung der Dinge in Oesterreich u. a. eine Reform der parlamentarischen Einrichtungen gehöre, so eine neue Geschäftsordnung, die ein zweckmäßiges Arbeiten des Abgeordnetenhauses herbeiführen müsse. Er schloß seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen damit, daß er der Freude und der Genugtuung Ausdruck gab, daß nunmehr — genau nach fünfzig Jahren — die Gegner des Jahres 1866 Waffenbrüderschaft geschlossen haben, der auch ein enges wirtschaftliches Bündnis folgen müsse.

Als zweiter Redner sprach Direktor Dr. August N. v. Botawa über innerpolitische Fragen. Der Redner behandelte des eingehenden mit Beziehungen auf das bekannte Programm des Deutschen Klubs „Forderungen der Deutschen Oesterreichs zur Neuordnung nach dem Kriege" insbesondere die Fragen der Staatssprache, des Volksschulwesens, der Volkswohlfahrtspflege usw. (Lebhafte Beifall.)